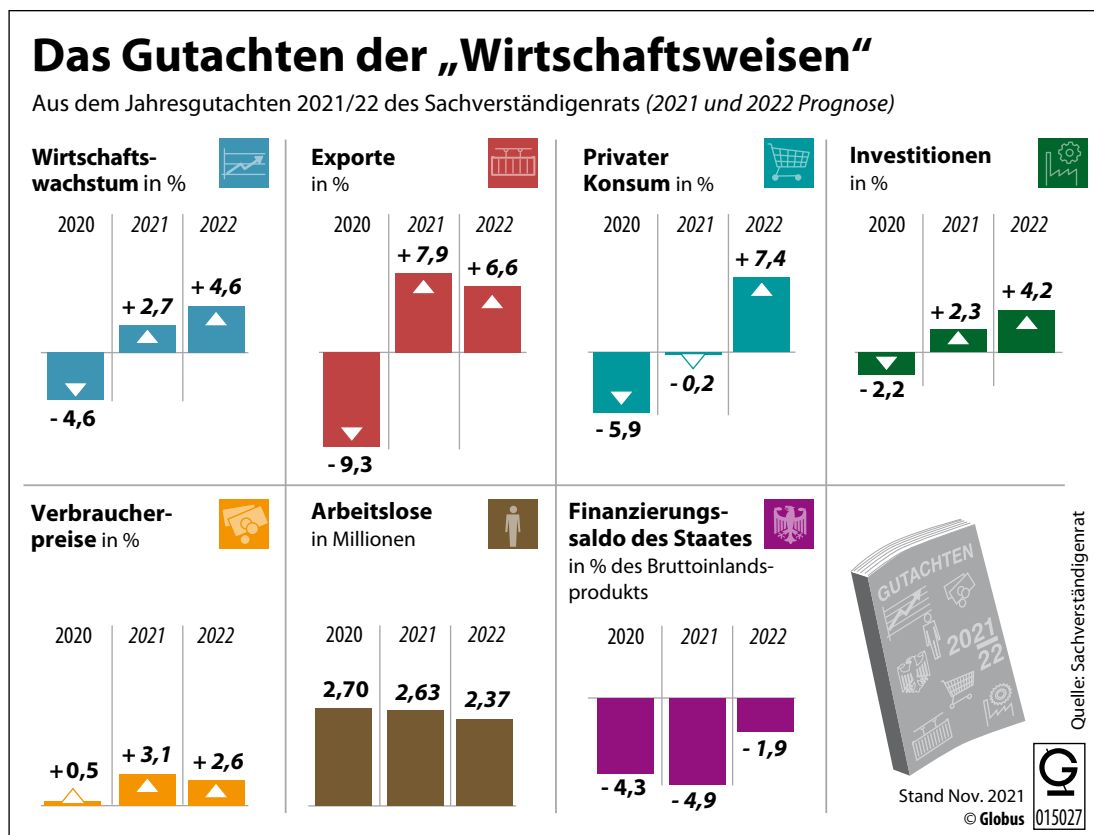




Wachstumsprognose nach unten korrigiert

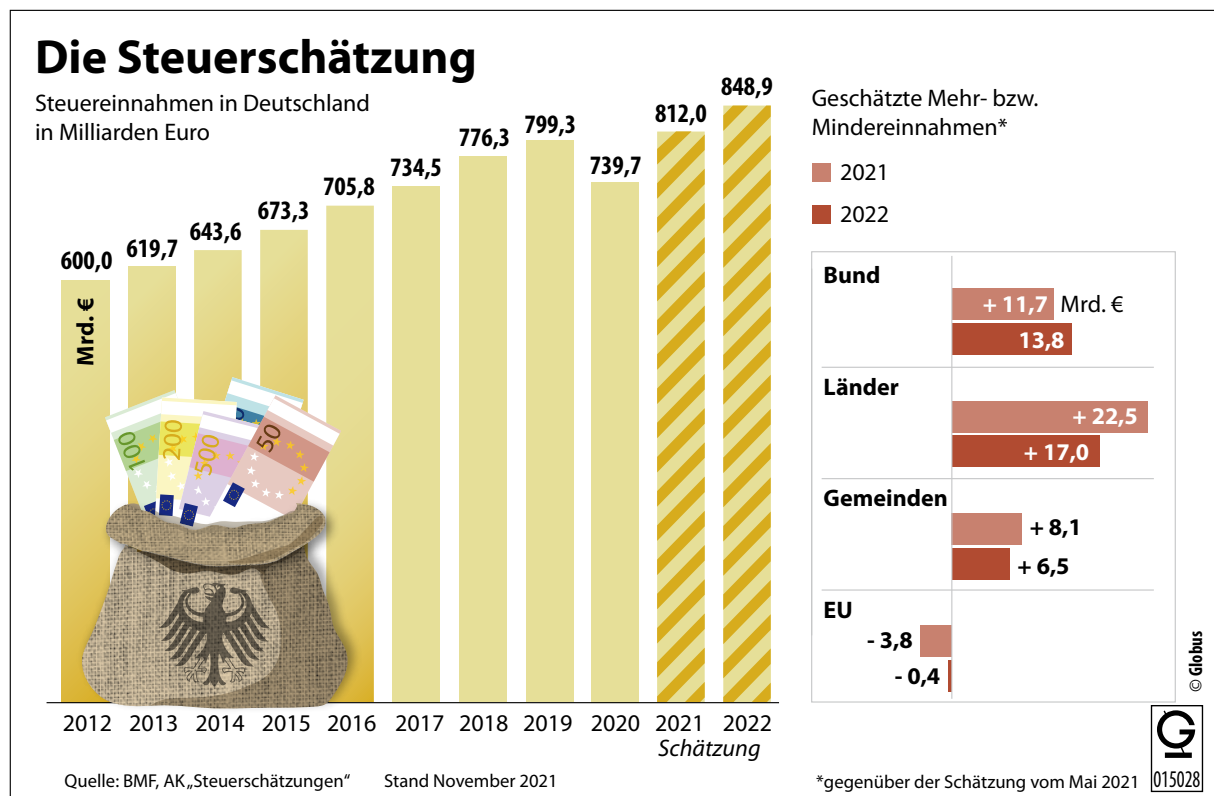
Die „Wirtschaftsweisen“ haben ihre Prognose zum Wirtschaftswachstum 2021 noch einmal nach unten korrigiert. Gingen sie vor einem Jahr – also im November 2020 – noch von einem Plus von 3,7 Prozent aus, so rechneten sie im März 2021 nur noch mit einem Wachstum von 3,1 Prozent. In ihrem neuen Jahresgutachten schätzen sie nun das Wachstum für das Jahr 2021 auf 2,7 Prozent. So wird der wirtschaftliche Aufschwung durch fehlende Bauteile oder Rohstoffe gebremst. Da die deutsche Wirtschaft stark in die Weltwirtschaft eingebunden ist, spürt sie es sofort, wenn internationale Wertschöpfungsketten nicht mehr funktionieren und so Liefer- und Kapazitätsengpässe entstehen. Hinzu kommen steigende Preise beispielsweise für Energie oder bei Transportkosten, die die Unternehmen belasten, aber auch zumindest teilweise an die Verbraucher und Verbraucherinnen weitergegeben werden. In ihrer Prognose gehen die Experten davon aus, dass es 2022 zu einem kräftigen Aufschwung kommt und die deutsche Wirtschaftsleistung (das Bruttoinlandsprodukt) um 4,6 Prozent zulegen könnte. Allerdings hängt diese Prognose stark davon ab, wie sich die Coronapandemie weiter entwickelt. – Dem Sachverständigenrat gehören aktuell vier Fachleute an: die Professorinnen und Professoren Veronika Grimm, Monika Schnitzer, Achim Truger und Volker Wieland. Die fünfte Stelle im Gremium ist derzeit nicht besetzt.

Quelle: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (<http://dpaq.de/mc25s>)

Datenerhebung: Stand November 2021

Siehe auch Grafik: 014952 Konjunktur und Arbeitsplätze in Deutschland, 014944 Zwischenbilanz beim Wirtschaftswachstum, 014559 Das Auf und Ab der Wirtschaft

Grafik: Karen Losacker; **Redaktion:** Wolfgang Fink



72 Milliarden Euro mehr Steuereinnahmen als 2020

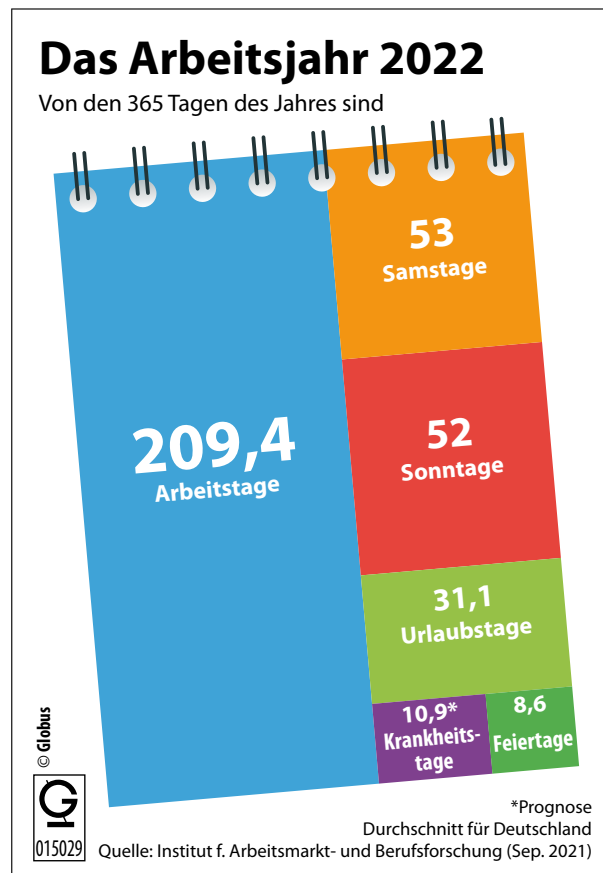
Die Corona-Pandemie und in ihrer Folge die schwere Rezession hatte im Jahr 2020 zu einem Einbruch der Steuereinnahmen in Deutschland geführt. Die allmähliche Erholung der deutschen Wirtschaft lässt die Steuereinnahmen nun wieder steigen – einer aktuellen Schätzung zufolge auf 812 Milliarden Euro im Jahr 2021. Das sind rund 72 Milliarden Euro oder fast zehn Prozent mehr als im Vorjahr. Das geht aus den aktuellen Daten des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ hervor. So kann der Bund im Vergleich zu 2020 mit 22 Milliarden Euro höheren Steuereinnahmen rechnen. Auch gegenüber der letzten Schätzung, die aus dem Mai 2021 stammt, sind die Erwartungen noch einmal gestiegen – die November-Schätzung für den Bund liegt um 11,7 Milliarden über der Mai-Schätzung. Noch stärker wurde der Schätzwert bei den Ländern angehoben; sie dürfen nun mit 22,5 Milliarden mehr rechnen, als die Mai-Schätzung ergeben hatte. – Die Steuerschätzer setzen sich in der Regel im Mai und im Oktober bzw. November zusammen. Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ ist ein Beirat beim Bundesministerium der Finanzen. Neben dem Finanzministerium gehören ihm das Bundeswirtschaftsministerium, fünf Wirtschaftsforschungsinstitute, das Statistische Bundesamt, die Deutsche Bundesbank, der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die Länderfinanzministerien sowie die Bundesvereinigung kommunaler Spitzenverbände an.

Quelle: Bundesfinanzministerium, Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ (<http://dpaq.de/RvjVa>, <http://dpaq.de/IZwCZ>)

Datenerhebung: zweimal jährlich, voraussichtlich nächste Daten: Mai 2022

Siehe auch Grafik: 014723 Die Verteilung der Steuern, 014695 Steuereinnahmen, 014671 Die Steuerschätzung (Mai 2021)

Grafik: Karen Losacker; **Redaktion:** Wolfgang Fink



145 echte Frei-Tage

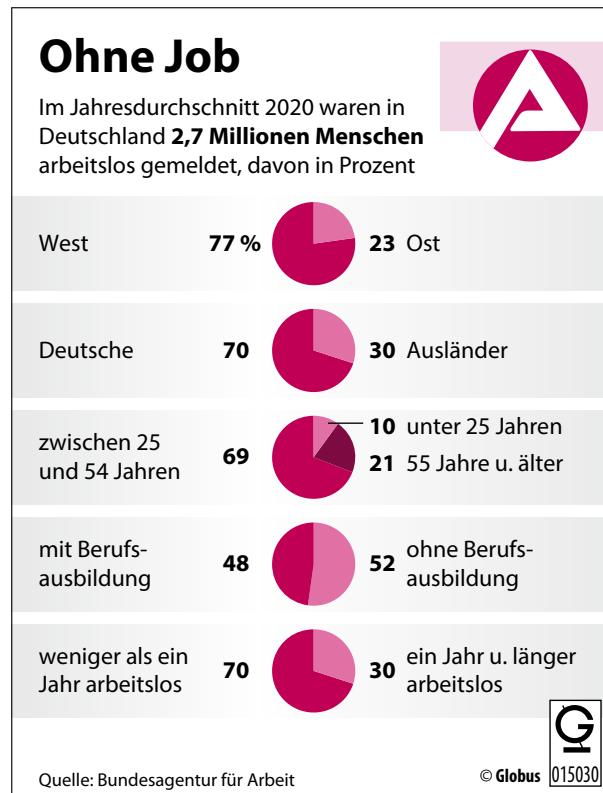
Das Arbeitsjahr 2022 hat im Durchschnitt rund 209 Arbeitstage. 156 Tage sind arbeitsfrei, davon allerdings fast elf Tage – so die Prognose – wegen Krankheit. Rund 145 Tage sind im Jahr 2022 also echte Frei-Tage: Die Wochenenden (Samstage und Sonntage), die Feiertage und die Urlaubstage. Allerdings leisten viele Beschäftigte Mehrarbeit durch Überstunden. Diese Mehrarbeit wird vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) auf rund 43 Stunden je Arbeitnehmer und Jahr geschätzt – davon 21 bezahlte und 22 unbezahlte Überstunden. Das ist umgerechnet gut eine Woche, die man vom Freizeitkonto wieder abziehen muss.

Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (<http://dpaq.de/uHPgo>)

Datenerhebung: jährlich, voraussichtlich nächste Daten: Herbst 2022

Siehe auch Grafik: 014859 Das Jahrespensum der Arbeitnehmer, 014819 Arbeitszeit pro Woche, 014807 Länger am Arbeitsplatz (Überstunden)

Grafik: Fred Bökelmann; **Redaktion:** Wolfgang Fink



Fast jeder Dritte gehört zu den Langzeitarbeitslosen

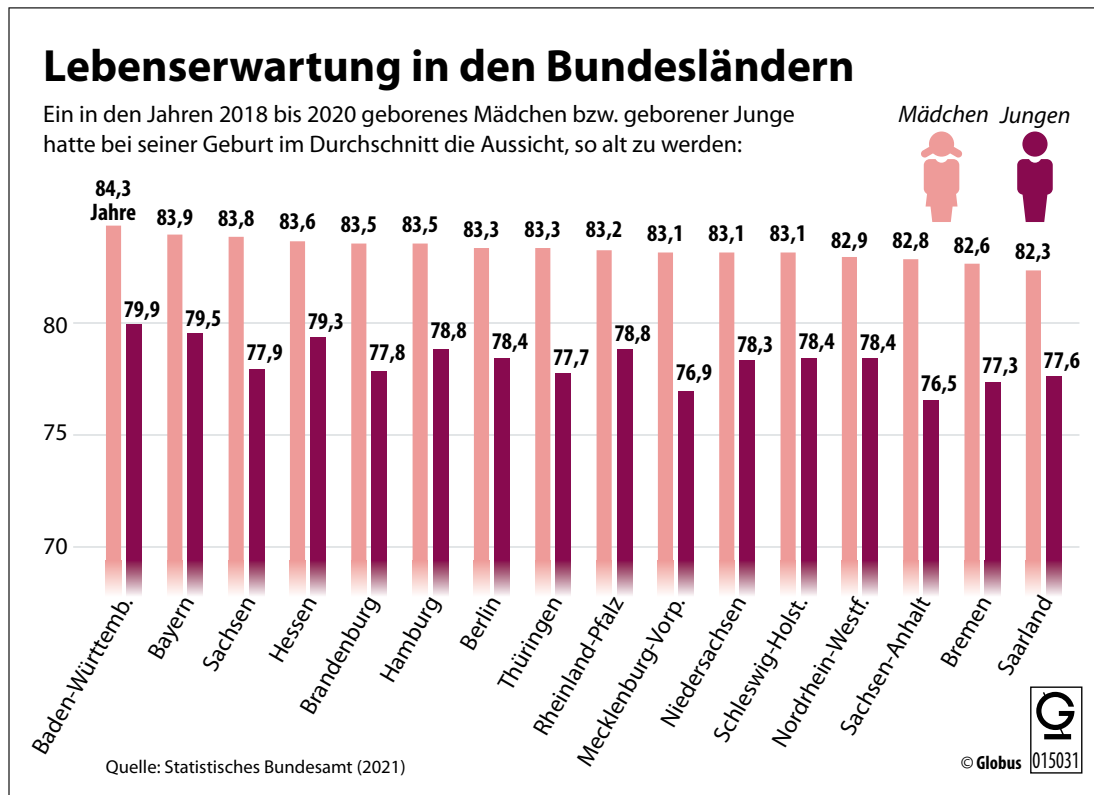
Von den 2,7 Millionen Menschen, die 2020 in Deutschland im Jahresdurchschnitt ohne Job waren, lebten rund 620 000 in den ostdeutschen Bundesländern (23 Prozent). Dort betrug die Arbeitslosenquote 7,3 Prozent (zum Vergleich: Westdeutschland 5,6 Prozent). 70 Prozent aller Arbeitslosen waren Deutsche; für sie errechnete die Bundesagentur für Arbeit eine Arbeitslosenquote von 4,7 Prozent. 30 Prozent hatten eine ausländische Nationalität (Arbeitslosenquote 14,4 Prozent). 30 Prozent aller Erwerbslosen gehörten zu den sogenannten Langzeitarbeitslosen, also zu der Problemgruppe auf dem Arbeitsmarkt, die schon ein Jahr oder länger ohne Job waren. Die Arbeitslosenquote – also die Zahl der offiziell arbeitslos gemeldeten im Verhältnis zu allen zivilen Erwerbspersonen – für Gesamtdeutschland betrug 5,9 Prozent. Allerdings gab es große Unterschiede zwischen den Bundesländern: Während in Bremen die Quote im Jahresdurchschnitt bei 11,2 Prozent lag, waren es in Bayern nur 3,6 Prozent.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit (<http://dpaq.de/sWdpd>)

Datenerhebung: jährlich, voraussichtlich nächste Daten: Sommer 2022

Siehe auch Grafik: 014981 Bildung schützt vor Arbeitslosigkeit, 014424 Arbeitslosigkeit in Deutschland, 014283 Die tatsächlichen Kosten der Arbeitslosigkeit

Grafik: Anna Rigamonti, Fred Bökelmann; **Redaktion:** Wolfgang Fink



Baden-Württemberg liegt bei der Lebenserwartung vorn

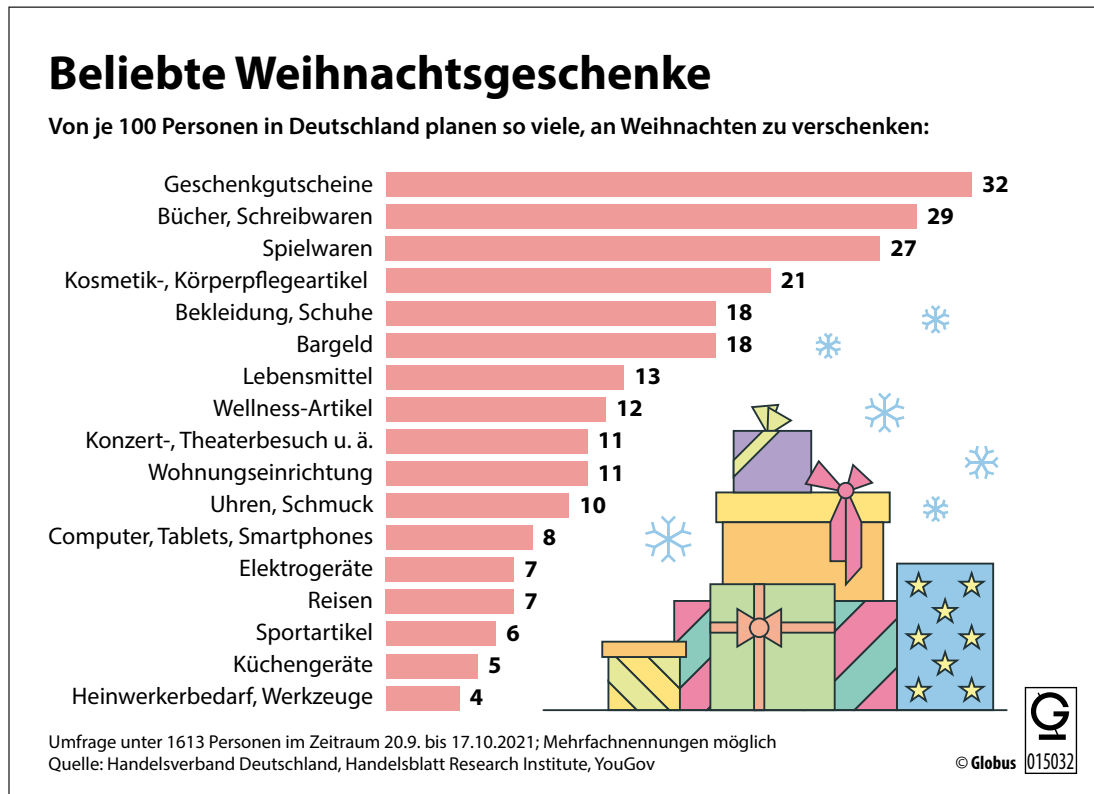
Ein in Baden-Württemberg im Zeitraum 2018 bis 2020 geborenes Mädchen hatte zum Zeitpunkt seiner Geburt eine Lebenserwartung von 84,3 Jahren, ein im selben Zeitraum geborener Junge eine Lebenserwartung von 79,9 Jahren. Damit haben sowohl neugeborene Mädchen als auch Jungen in Baden-Württemberg im Bundesländervergleich die höchsten Aussichten auf ein langes Leben. Das geht aus den Zahlen des Statistischen Bundesamts hervor. Die niedrigste Lebenserwartung hatten Mädchen im Saarland (82,3 Jahre) und Jungen in Sachsen-Anhalt (76,5 Jahre). Die Lebenserwartung bei Geburt hat in den vergangenen Jahren in Deutschland deutlich zugenommen. Allein seit dem Zeitraum 1998/2000 ist sie bei den Mädchen durchschnittlich um 2,6 Jahre und bei den Jungen sogar um 3,9 Jahre gestiegen.

Quelle: Statistisches Bundesamt (<http://dpaq.de/e9T79>)

Datenerhebung: jährlich, voraussichtlich nächste Daten: 2022

Siehe auch Grafik: 015003 Immer älter, 014820 Die Hundertjährigen, 013411 Bevölkerung aus dem Gleichgewicht

Grafik: Fred Bökelmann; **Redaktion:** Dr. Bettina Jütte



Gutscheine unterm Weihnachtsbaum

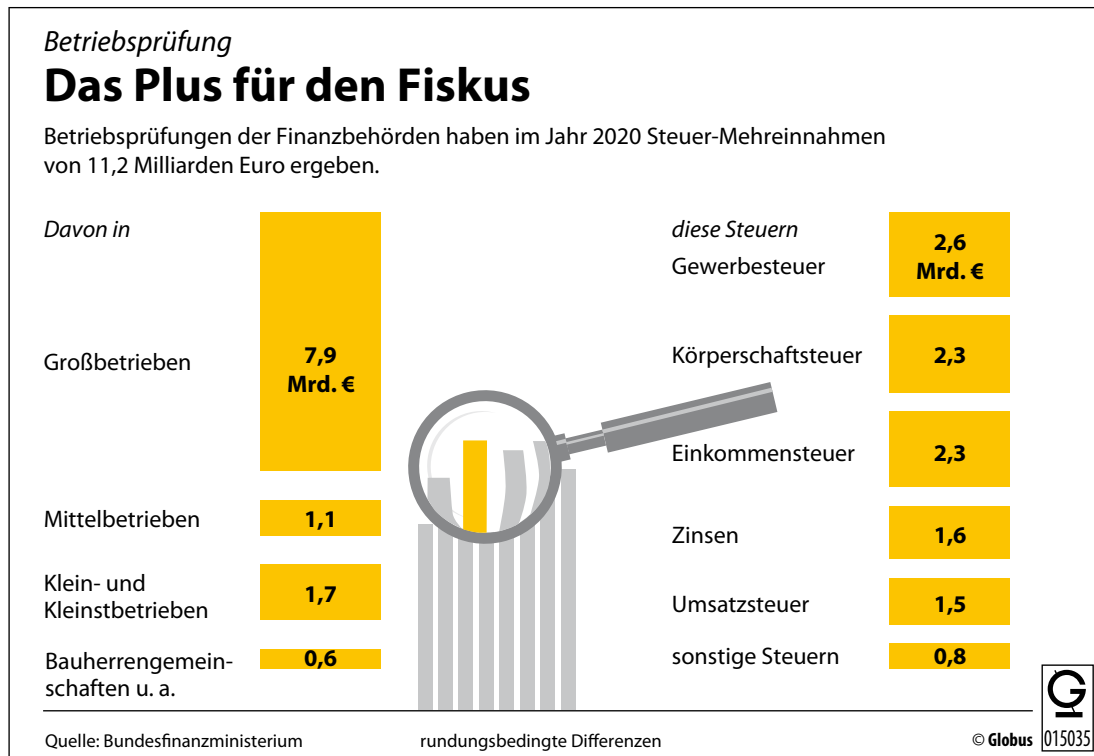
Wer an Weihnachten plant, einen Gutschein zu verschenken, liegt ganz im Trend. Denn nach dem aktuellen Konsumbarometer des Handelsverbands Deutschland (HDE) sind Gutscheine im Jahr 2021 das beliebteste Weihnachtsgeschenk. An Position zwei stehen Bücher und Schreibwaren, an drei Spielwaren. Für das Konsumbarometer wurden im September und Oktober rund 1600 Personen in Deutschland befragt. Im Durchschnitt planen die Befragten insgesamt 273 Euro für Weihnachtsgeschenke auszugeben. 23 Prozent der Befragten gaben an, mehr als 300 Euro zu investieren, neun Prozent planen nicht mehr als 50 Euro auszugeben, und zwölf Prozent gaben an, überhaupt kein Geld für Weihnachtsgeschenke ausgeben zu wollen.

Quelle: Handelsverband Deutschland, Handelsblatt Research Institute, YouGov (<http://dpaq.de/K1pPZ>, <http://dpaq.de/kqg1A>)

Datenerhebung: jährlich, voraussichtlich nächste Daten: Winter 2022

Siehe auch Grafik: 015033 Budget für Weihnachtsgeschenke, 015002 Weihnachtsgeld

Grafik: Fred Bökelmann; **Redaktion:** Dr. Bettina Jütte



Betriebe mussten elf Milliarden Euro nachzahlen

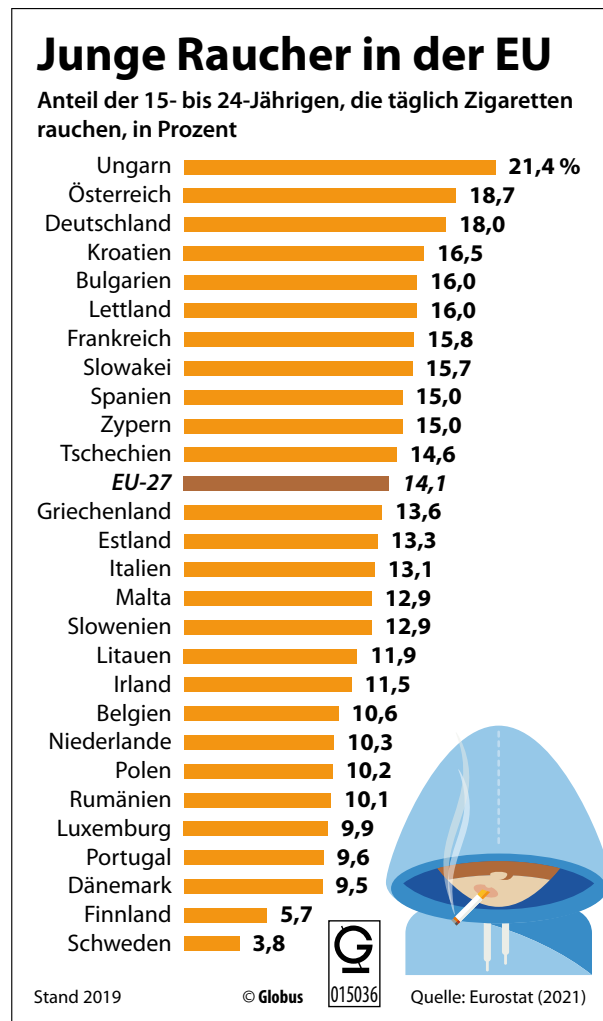
In regelmäßigen Abständen schicken die Finanzbehörden ihre Prüferinnen und Prüfer in die Unternehmen, um zu kontrollieren, ob Steuern richtig und vollständig abgeführt worden sind. Und nicht selten hat das zur Folge, dass die Betriebe Steuernachzahlungen leisten müssen. Gut elf Milliarden Euro Mehreinnahmen konnte der Fiskus auf diese Weise im Jahr 2020 verbuchen. Mit 7,9 Milliarden Euro erbrachten Prüfungen in Großbetrieben fast drei Viertel der gesamten Mehreinnahmen. Zu den Großbetrieben gehören beispielsweise Fertigungsbetriebe mit einem Umsatz von mehr als 5,2 Millionen Euro oder einem Gewinn von mehr als 300 000 Euro. Rückschlüsse auf den Umfang vorsätzlicher Steuerhinterziehung lassen sich aus den Ergebnissen der Betriebsprüfungen nicht ableiten. Denn zu den Nachforderungen kommt es in erster Linie, weil die Finanzbeamten steuerliche Sachverhalte anders bewerten als die Betriebe und ihre Steuerberater.

Quelle: Bundesfinanzministerium (<http://dpaq.de/X7ZnH>)

Datenerhebung: jährlich, voraussichtlich nächste Daten: Herbst 2022

Siehe auch Grafik: 015028 Die Steuerschätzung, 014723 Die Verteilung der Steuern, 014609 Steuerspirale 2020

Grafik: Karen Losacker; **Redaktion:** Wolfgang Fink



Viele Raucher in Bulgarien

14,1 Prozent der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den 27 Ländern der EU griffen im Jahr 2019 täglich zur Zigarette. Den niedrigsten Anteil an jungen Raucherinnen und Rauchern gab es mit 3,8 Prozent in Schweden; in Ungarn dagegen konsumierte gut jeder fünfte 15- bis 24-Jährige täglich Zigaretten (21,4 Prozent). Das geht aus den Zahlen der europäischen Statistikbehörde Eurostat hervor. Deutschland rangiert mit einem Anteil von 18,0 Prozent weit über dem EU-Durchschnitt auf Platz drei im Ranking. Entgegen dem allgemeinen Trend in der EU ist der Anteil der jungen Raucher in Deutschland innerhalb von fünf Jahren deutlich gestiegen. Im Jahr 2014 lag ihr Anteil noch bei 12,1 Prozent. Im Durchschnitt der EU hat der Anteil der jungen Zigaretten-Konsumentinnen und -Konsumenten im selben Zeitraum dagegen um 1,8 Prozentpunkte abgenommen. Von den 14,1 Prozent der jungen Raucherinnen und Raucher in der EU konsumierten 2,3 Prozent mehr als 20 Zigaretten am Tag, der große Rest von 11,8 Prozent lag darunter.

Quelle: Eurostat (<http://dpaq.de/FxLsN>)

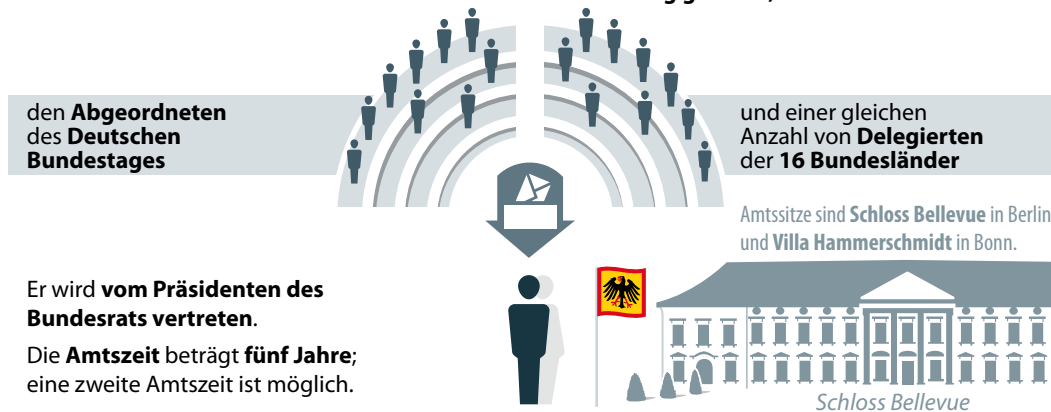
Datenerhebung: alle fünf Jahre, Stand 2021

Siehe auch Grafik: 014701 Tabakwaren in Deutschland, 014433 Zigarettenverbrauch in Deutschland

Grafik: Fred Bökelmann; **Redaktion:** Dr. Bettina Jütte

Der Bundespräsident

ist das **Staatsoberhaupt** der Bundesrepublik Deutschland.
Er wird **von der Bundesversammlung gewählt**,



Der Bundespräsident . . .

- **repräsentiert** Deutschland nach innen und außen
- **vertritt den Bund** völkerrechtlich und schließt Staatsverträge
- schlägt dem Bundestag **Kandidaten** für das Amt des **Bundeskanzlers** vor
- **ernennt und entlässt** Kanzler, Minister, Bundesrichter, Offiziere und Bundesbeamte
- kann in besonderen Fällen den **Bundestag auflösen** (z. B. nach einer gescheiterten Vertrauensfrage)
- **prüft und unterschreibt** Gesetze
- kann **Straftäter begnadigen**, die von einem Bundesgericht verurteilt wurden



• Der Bundespräsident ist von der Tagespolitik unabhängig und soll sich **parteilich neutral** verhalten. Um politische Wirkung zu erzielen, kann er in Reden gesellschaftliche Diskussionen anstoßen oder aufgreifen.

• Nach seiner Amtszeit erhält der Bundespräsident einen **lebenslangen Ehrensold** in Höhe seiner ehemaligen Amtsbezüge.

Das höchste Amt im Staat

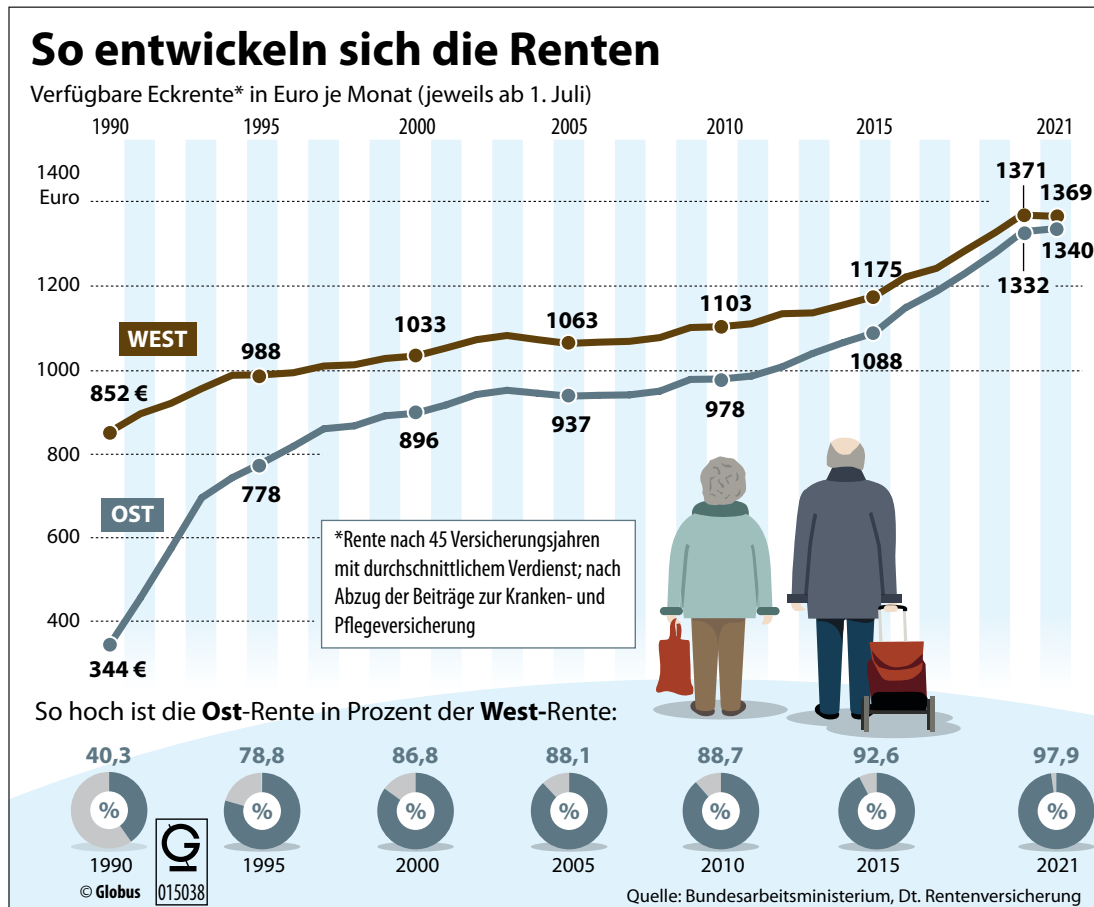
Am 13. Februar 2022 wählt die Bundesversammlung einen neuen Bundespräsidenten. Der amtierende Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (SPD) will sich für eine zweite Amtszeit zur Wiederwahl stellen. Der Bundespräsident ist das Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland. Das Grundgesetz regelt in einer Reihe von Artikeln das Wahlverfahren und die Aufgaben, die das Amt mit sich bringt (Artikel 54 bis 61 GG). Zu den wichtigsten Aufgaben gehört, die Bundesrepublik Deutschland zu repräsentieren und den Bund völkerrechtlich zu vertreten. Der Bundespräsident ist von der Tagespolitik unabhängig und soll sich parteipolitisch neutral verhalten. Es ist Tradition, dass Präsidenten während ihrer Amtszeit eine bestehende Parteimitgliedschaft ruhen lassen. Vertreten wird der Bundespräsident durch den Präsidenten oder die Präsidentin des Bundesrats.

Quelle: Grundgesetz (<http://dpaq.de/VFjaN>)

Datenerhebung: Stand 2021

Siehe auch Grafik: 011633 Deutschlands Bundespräsidenten, 013211 Die Gewaltenteilung

Grafik: Andreas Brühl, Karen Losacker; **Redaktion:** Wolfgang Fink



Lücke zwischen Ost und West wird immer kleiner

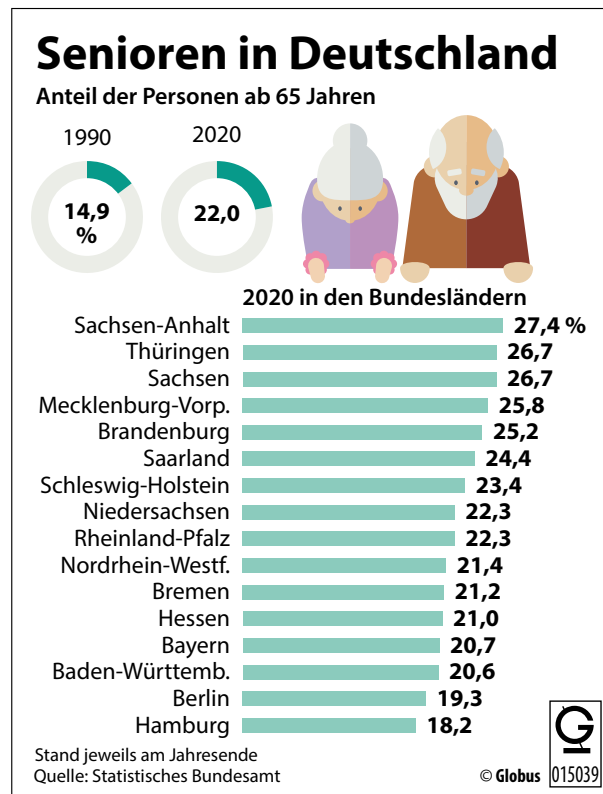
Der „Eckrentner“ – das sind sozusagen Herr und Frau Mustermann unter den Rentnern. Er oder sie kann 45 Versicherungsjahre in der gesetzlichen Rentenversicherung vorweisen, und er oder sie hat immer exakt so viel verdient wie der Durchschnitt aller Arbeitnehmer in Deutschland. Diese Modellrechnung wird immer dann herangezogen, wenn die Rentenentwicklung deutlich gemacht werden soll. Denn nur am Rentenwert und am Eckrentner lässt sich ablesen, wie die Rentenversicherung ihre Auszahlungsbeträge erhöht. Die monatliche verfügbare Eckrente betrug im Jahr 2021 1369 Euro im Westen und 1340 Euro im Osten. Dabei wurden die Beiträge zur Krankenversicherung und Pflegeversicherung abgezogen. Die Eckrente gibt aber auch Auskunft darüber, wie weit die Angleichung der Renten zwischen Ost- und Westdeutschland vorankommt. Vor rund 30 Jahren, also direkt nach der deutschen Vereinigung, klaffte noch eine riesige Lücke zwischen West und Ost: Der Rentenwert im Osten erreichte nur gut 40 Prozent des West-Wertes. Heute sind es 97,9 Prozent.

Quelle: Deutsche Rentenversicherung (<http://dpaq.de/JY93V>)

Datenerhebung: jährlich, voraussichtlich nächste Daten: Herbst 2022

Siehe auch Grafik: 014912 So hoch sind die Renten, 014851 Die Zeit als Rentner, 014658 Renten-Runden

Grafik: Karen Losacker; **Redaktion:** Wolfgang Fink



In Ostdeutschland ist der Anteil der Senioren am höchsten

Die Bevölkerung Deutschlands wird immer älter. Machten die Menschen ab einem Alter von 65 Jahren 1990 noch 14,9 Prozent der Bevölkerung aus, waren es im Jahr 2020 schon 22,0 Prozent. Besonders hoch ist der Anteil der Generation 65 plus in Ostdeutschland. In allen fünf ostdeutschen Bundesländern war 2020 mindestens jeder vierte Bürger 65 Jahre alt oder älter. Die jüngste Bevölkerung lebt in den Stadtstaaten Berlin und Hamburg. Mit einem Anteil von 19,3 bzw. 18,2 Prozent machten die Senioren hier im Jahr 2020 nur einen relativ geringen Anteil aus. Nach Prognosen des Statistischen Bundesamtes wird die Zahl der Menschen ab 65 Jahren auch in Zukunft weiter steigen. Bis zum Jahr 2035 dürfte sich ihr Anteil bei einem moderaten Wanderungssaldo auf 27,1 Prozent und bei einem hohen Wanderungssaldo auf 26,1 Prozent erhöhen. Diese Entwicklung, die unter anderem auf geringe Geburtenraten und steigende Lebenserwartung zurückzuführen ist, stellt vor allem die Rentenversicherung vor große Herausforderungen.

Quelle: Quelle: Statistisches Bundesamt (<http://dpaq.de/oqh1W>)

Datenerhebung: jährlich, voraussichtlich nächste Daten: 2022

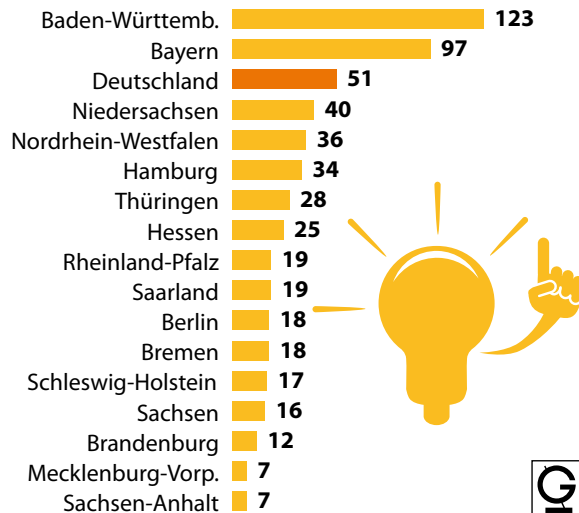
Siehe auch Grafik: 015003 Immer älter, 014820 Die Hundertjährigen, 014733 Die Bevölkerung in den Bundesländern, 014416 Bevölkerung in Deutschland

Grafik: Ruben Mühlenbruch, Fred Bökelmann; **Redaktion:** Dr. Bettina Jütte

Erfindergeist

Im Jahr 2020 registrierte das Deutsche Patent- und Markenamt **62 105** Patentanmeldungen (- 7,9 % gegenüber 2019), davon **42 249** Patentanmeldungen aus Deutschland.

Patentanmeldungen je 100 000 Einwohner im Jahr 2020 in



Quelle: DPMA

© Globus



Innovative Unternehmen

62 105 neue Patentanmeldungen registrierte das Deutsche Patent- und Markenamt (DPMA) im Coronajahr 2020 – das waren fast acht Prozent weniger als im Vorjahr. Rund 32 Prozent der Erfindungen kamen von Anmeldern aus dem Ausland; 68 Prozent stammten aus Deutschland. Die meisten kamen aus Baden-Württemberg (14 852), gefolgt von Bayern (12 700) und Nordrhein-Westfalen (6388). Auf je 100 000 Bundesbürger entfielen rechnerisch 51 Patentanmeldungen. Spitzenreiter waren bei dieser Betrachtungsweise ebenfalls Baden-Württemberg und Bayern mit 123 und 97 Patenten je 100 000 Einwohner. Diese hohe Zahl verdanken sie vor allem den dort angesiedelten forschungsfreudigen Unternehmen aus Branchen wie Elektronik, Fahrzeug- und Maschinenbau. Die beiden aktivsten Unternehmen waren Bosch und Schaeffler (Zulieferer im Automobil- und Maschinenbau) mit 4033 und 1907 Patentanmeldungen.

Quelle: Deutsches Patent- und Markenamt (<http://dpaq.de/Zg5Xb>)

Datenerhebung: jährlich, voraussichtlich nächste Daten: 2022

Siehe auch Grafik: 014786 Mit Schwung und Ideen, 014593 Wer hat's erfunden?, 014514 Für Forschung und Entwicklung

Grafik: Fred Bökelmann, Karen Losacker; **Redaktion:** Wolfgang Fink